

1. Die griechische Regierung werde der italienischen Regierung in ausführlichster amtlicher Form ihr Bedauern ausdrücken, zu diesem Zweck werde der Kommandant von Athen dem italienischen Gesandten einen Besuch abstatten.

2. Die griechische Regierung werde einen Trauertag ansetzen für die Opfer in der Athener katholischen Kirche abhalten lassen, dem alle Regierungsmitglieder beiwohnen würden.

3. Am gleichen Tage würden der italienischen Flagge Ehrenbezeugungen in folgender Weise erwiesen werden: eine Abteilung der Athener Garnison werde sich zur italienischen Gesandtschaft begeben und die italienische Flagge durch Erweisen der (herkömmlichen) Ehrenbezeugungen grüßen.

4. Militärische Ehrenbezeugungen sollen in aller Feierlichkeit den Opfern in Preveza im Augenblick der Ueberführung an Bord eines italienischen Schiffes erwiesen werden.

Die griechische Regierung sei außerdem geneigt, den Familien der Opfer aus Billigkeit eine gerechte Entschädigung zu bewilligen und die Witwen des Obersten Berone anzunehmen, der die Untersuchung durch Mitteilungen erleichtern sollte, die für die Entdeckung von Schuldigen von Nutzen sein könnten.

Die griechische Regierung möchte hoffen, so schließt die Antwortnote, daß die italienische Regierung die Wohlbedeutendheit des dargelegten Standpunktes ebenso anerkennen werde, wie den verständlichen Geist und den lebhaften Wunsch der griechischen Regierung, die italienische Regierung in der gerechtesten Weise zufriedenzustellen.

**Aufregung in Italien.**

Aus Italien werden zahlreiche Ausschreitungen gegen griechische Staatsangehörige berichtet: Vor dem griechischen Konsulat in Neapel fand eine Manifestation statt. Der Polizei gelang es, die Manifestanten vor dem Eindringen in das Gebäude abzuhalten. Ein Steinhaufen zerstörte sämtliche Fenster des Konsulates. Die griechische Fahne wurde vom Balkon heruntergerissen und in Fetzen durch die Straßen getragen mit dem Rufe: „Nieder mit Griechenland!“ Das italienische Ultimatum hat in Athen außerordentliche Erregung hervorgerufen.

**England schreit nach dem Völkerbund.**

**Die Schwerkraft der italienischen Note verurteilt.**

Die englische Öffentlichkeit spricht ihren Abscheu über das in der albanischen Grenze begangene Verbrechen aus und stellt fest, daß Griechenland zu einer Bemühtung verpflichtet sei. Zugleich wird jedoch die herausfordernde Note der italienischen Regierung, die weit über das Ziel hinausschieße, einstimmig verurteilt und die Forderung erhoben, daß der Völkerbund den Konflikt regeln müsse.

Die „Times“ führt in ihrem Leitartikel aus, daß einige von den in der Note erhobenen Forderungen offensichtlich darauf hinausgehen, Griechenland schwer zu demütigen. Wenn in der Völkervereinigung der italienischen Regierung ein äußerst strenges Vorgehen liegen würde, wäre die Lage in Europa plötzlich überaus ernst geworden. Niemand könne besser als Mussolini die Gefahr von Komplikationen auf dem Balkan und ihre notwendige Vermeidung mit den Gefahren in Europa beurteilen. Aber der faschistische Führer habe wohl, wie die Times weiterhin zu verstehen gibt, den starken Mann gespielt, um seine Popularität in der italienischen Öffentlichkeit zu befestigen. Wenn fremde Mächte dann zur Wählung riefen, könne man den Kerger der italienischen Rassen auf die Ausländer ablenken. Immerhin wäre Mussolini weise, wenn er an die Gefahr dachte, die im Spiel mit dem Feuer liegt. Es sei Aufgabe der europäischen Staatsmänner, derartige Zwischenfälle zu beseitigen, bevor sie schlimme Folgen nach sich ziehen könnten.

Ebenso wie die „Times“ verlangt auch der „Daily Telegraph“ ein Eingreifen des Völkerbundes. „Es gab niemals einen Zwischenfall, der hierfür geeigneter als der gegenwärtige Konflikt gewesen wäre. Griechenland wird mit einem Appell an den Völkerbund sicherlich Unterstützung bei diesem finden.“

Die liberalen Blätter drücken einen ähnlichen Gedanken in schärferer Weise aus. Die „Daily News“ nennen die italienische Note ein leichtfertiges und provokatorisches Machtwort, das für die „melodramatischen Methoden“ des italienischen Ministerpräsidenten charakteristisch sei. Italien könne zwar Schiffe nach dem Piräus entsenden, aber es dürfe als Mitglied des Völkerbundes keine Feindseligkeiten eröffnen, da Artikel 12 hierfür den Ablauf einer Frist von drei Monaten zur Bedingung mache. Mussolini scheine vergessen zu haben, daß die italienische Regierung durch die Weltmeinung verpflichtet sei, die ganze Angelegenheit einem Schiedsgericht zu überweisen. Die Frage sei also, ob Mussolini es wagen wolle, durch einen Angriff auf Griechenland offen den Völkerbund zu torpedieren.

**Die italienische Flotte feuert ohne Kriegserklärung? Griechenland bittet um Intervention des Völkerbundes.**

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Athen feuerte die italienische Flotte bei der Landung in Korfu über die Stadt hinweg und beschloß das Gebäude der Volkshochschule, wobei mehrere dorthin geflüchtete Personen getötet wurden. Den Morgenblättern zufolge unterbreitete die griechische Regierung dem Völkerbundsekretariat telegraphisch die Bitte, auf Grund des Artikels 12 des Völkerbundpaktes zu intervenieren. Nach Blättermeldungen ist aber Griechenland der Belagerungszustand verhängt worden.

**Vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.**

**Die Rede des Reichswirtschaftsministers.**

Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates gab Reichswirtschaftsminister v. Raumer Erklärungen über sein Wirtschaftsprogramm ab. Er erörterte insbesondere das Ausfuhrproblem, die Lohnfrage und das allgemeine Finanzproblem.

Der Minister erklärte, daß er es vor drei Jahren selbst gewesen sei, der vom damaligen Reichswirtschaftsminister Schmidt die Einführung der Ausfuhrkontrolle forderte. Dem Ausverkauf Deutschlands sollte damit gesteuert werden.

Die Inlandspreise waren damals noch weit hinter den Weltmarktpreis zurückgeblieben. Nachdem sich die Situation nunmehr geändert habe und die Preise in Deutschland den Weltmarktpreis erreicht, ja sogar überhöht hätten, sei seiner Auffassung nach die Ausfuhrkontrolle hinfallig geworden. Der Minister trat für einen

**Abbau der Ausfuhrkontrolle**

in weitestem Maße ein. Er erklärte weiter, er sei vielfach von den Gewerkschaften gefragt worden, ob dies eine Ausweitung der Arbeitnehmerschaft bedeute. Dies sei nicht der Fall. Er sei vielmehr noch wie vor gewillt, eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch weiterhin im weitesten Umfang aufrecht zu erhalten.

Bei seinen Erörterungen über das Lohnproblem erklärte der Minister, daß die Arbeitsleistung soviel wie möglich gesteigert werden müßte. Auf die Frage der Abnahme der Löhne erklärte Minister v. Raumer, daß man die Löhne nicht davor verschließen dürfe, daß durch die zu hohen Löhne der Absatz zu stocken beginne. Neue Aufträge gingen überhaupt nicht mehr ein, sondern lediglich Reparationsaufträge. Eine Kapitalnot ohnegleichen sei aufgetreten, so daß durchaus mit der Möglichkeit zu rechnen sei, daß die Betriebe nicht mehr fähig sind, die Löhne zu bezahlen. Die Löhne seit Ende Juli seien drei- bis viermal so stark gestiegen wie der Dollar. Mit dem Zurückgehen der Ausfuhr nehme die Möglichkeit ab, Valuten in das Land zu bekommen. Die Ausgaben des Reiches seien so gewaltig, daß sie durch keine Steuern gedeckt werden könnten. Es sei bedauerlich, daß in dem gegenwärtigen Augenblick nur die Notenpresse als einziges Ausfuhrmittel in Frage käme und daher nicht stillgelegt werden könne. Von der finanziellen Seite sei die Sanierung der Mark nicht herbeizuführen, sondern nur durch die Wirtschaft. Es sei vorgekommen, daß der Staat auch Löhne für die Privatindustrie hätte bezahlen müssen. Das gehe so nicht weiter.

Der Staat könne nicht mehr helfen, die Industrie müsse sich auf die eigenen Kräfte stellen.

Der Minister führte im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen Ziffern an, die beweisen, in wie erschreckender Weise die

**Deutsche Ausfuhr zurückgegangen**

ist. In Goldmark umgerechnet betrug die Ausfuhr im Mai 614 Millionen, im Juni 380 Millionen, im Juli hingegen nur noch 105 Millionen. Mit dem Zurückgehen der Ausfuhr wachse die Schwierigkeit, Devisen zu beschaffen. Der Minister warf dann den Gedanken auf, daß eine Goldnotenbank gegründet werden müsse. An dieser müsse natürlich auch die Reichsbank maßgebend beteiligt sein. Aber ohne internationale Beteiligung würde sich der Plan kaum verwirklichen lassen. Es gelte, wertbeständige Zahlungsmittel zu beschaffen. Was die Rohlempreise betreffe, so dürften sie nicht über Weltmarktparität stehen. Der Minister kam dann nochmals auf die Ausfuhrfrage zu sprechen und streifte dabei die

**Seipziger Messe.**

Diese Veranstaltung sei die schlechteste Messe gewesen, die man bisher gehabt habe. Die deutschen Waren seien billiger als die ausländischen gewesen.

Nach dem Minister ergriff u. a. Geheimrat Böcher, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, das Wort. Er erklärte, die brennendste Frage sei im gegenwärtigen Moment die der Devisenbeschaffung. Er wies auf die Notverordnung der Reichsregierung hin, die nach den Vorschlägen der Industrie erfolgt sei. Aber nicht allein damit sei der Notlage zu steuern. Das Finanzproblem sei insbesondere durch die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels zu lösen, dann aber müßte die Wirtschaft auch produktiver gestaltet werden. Gegenwärtig habe die deutsche Wirtschaft eine latente Arbeitslosigkeit von etwa 30 Prozent. Im Durchschnitt leisteten 20 Mann eine Arbeit, die von fünf Leuten geleistet werden könnte. Die unproduktiven Kräfte müßten aus der Wirtschaft herausgenommen werden. Auch die Arbeitslöhne müßten mit der Produktion in ein richtiges Verhältnis gebracht werden.

**Erfolgreiche Jagd nach Devisenhändlern in Berlin.**

Bestern wurde von zahlreichen Beamten des Polizeipräsidiums in der Brenndierstraße eine umfangreiche Suche nach Devisenhändlern vorgenommen. Im ganzen wurden 892 Personen verhaftet, von denen 81 in Haft behalten wurden. Eine größere Menge Devisen wurde beschlagnahmt.

**Der Reichsbankkonflikt.**

**Streitgespräch.**

Am Donnerstag nachmittag traten die Funktionäre des graphischen Gewerbes in Berlin zusammen, um ihrerseits zu dem noch immer schwebenden Konflikt zwischen dem Reichsbankdirektorium und dem Hauptbetriebsrat Stellung zu nehmen. In der Konferenz nahmen Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen der Buchdrucker, Steinbrücker und der Hilfsarbeiter in den privaten Druckerereien teil, in denen Banknoten hergestellt werden. Die Versammlung verließ außerordentlich stimmungsvoll. Von vielen Seiten wurde der Beginn der gemeinsamen Aktion der Buchdrucker und der Reichsbankangestellten bereits am Sonnabend gefordert. Es gelang jedoch schließlich, diesen Beschluß abzulehnen und die Versammlung beschloß, einen letzten Interventionsversuch zu unternehmen. Es wurde eine Kommission gewählt, die mit den Epibengewerkschaften am Sonnabend bereits zusammentrifft. An der Versammlung wurde mitgeteilt, daß bei den Abstimmungen der Reichsbankangestellten im Reich neun Prozent der Angestellten für den Streik gestimmt haben.

**Wegsch Reichsbank gegen Grohmann.**

Vor der 2. Ferienabstimmung des Landgerichts 8 nahm Freitag vormittag die Verhandlung in der Rechtsanwaltskammer des Reichsbankdirektoriums gegen den entlassenen Betriebsratsvorsitzenden Grohmann ihren Fortgang und zwar in der Beweisführung.

Reichsbankdirektor Kunz schilderte den Empfang Grohmanns durch das Reichsbankdirektorium am 13. August. Grohmann habe zum Präsidenten Hovenstein dabei erklärt, er sei sich wohl bewußt, daß er in einer gewissen Uebertretung seiner Befugnisse komme, aber er habe in den letzten Tagen eine große Anzahl von Deputationen empfangen, die übereinstimmend über die mangelhafte Versorgung der Berliner In-

dustrie mit Zahlungsmitteln geklagt und die Schuld daran dem Reichsbankdirektorium beigemessen hätten. Außerdem habe er einen Auftrag der Gewerkschaften erhalten, den er hiermit ausführe: Er ersuche den Präsidenten, sein Amt sofort niederzuliegen. Darnach habe er erklärt: „Das geht Ihnen gar nichts an. Das ist eine unerhörte Uebertretung Ihrer Befugnisse; verlassen Sie sofort das Zimmer.“

Das Betriebsratsmitglied Senf behauptet, daß er ebenso wie Grohmann zahlreiche Deputationen aus den Betrieben und auch einen Gewerkschaftsführer, den Vertreter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, empfangen habe, die den Betriebsrat mitverantwortlich für die Zustände bei der Reichsbank gemacht hätten. Von den Vertretern der städtischen Werke sei unverblümt gesagt worden: „Geht raus und sagt Hovenstein, daß er zurücktreten soll.“ Ähnlich hätte sich auch ein großer Teil der übrigen Delegationen geäußert, wobei sie betonten, daß sie für nichts garantieren könnten, wenn sie mit leeren Händen, also ohne die Zusicherung der ausreichenden Verhaltung von Zahlungsmitteln wieder in die Betriebe zurückkehren.

**Der Rücktritt Hovensteins sicher?**

Wie das „S. Z.“ angibt, könne der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten v. Hovenstein jetzt als sicher angesehen werden. Hovenstein habe während der letzten Unterhaltungen mit dem Mitgliedsrat des Reichsbankdirektoriums seine Bereitwilligkeit zum Rücktritt erklärt. Er (sowohl wie der Vizepräsident v. Wagnab) dürften dementsprechend in kurzer Zeit auf Urlaub gehen und nicht mehr auf ihre Posten zurückkehren.

**politische Meldung.**

Der spanische König fährt nach Rom. Im spanischen Kabinett gab der Außenminister Erklärungen über den bevorstehenden Besuch des Königs Alfonso in Rom. Man erzählt, daß es sich bei dem Besuch des spanischen Königs um den Abschluß eines spanisch-italienischen Defensiv-Bündnisses handelt, welches sich hauptsächlich gegen die abertretenden Ansprüche einer anderen lateinischen Macht am Mittelmeer wenden soll. — Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese breite Macht mit den abertretenden Ansprüchen nur Frankreich sein kann.

Demission des spanischen Kabinetts. In der letzten Sitzung des spanischen Ministerrats haben sich die Meinungsverschiedenheiten unter dem einzelnen Kabinettsmitgliedern verärgert, daß beschlossen wurde, dem König bei seiner Rückkehr nach Madrid die Demission anzubieten.

Frankzösische Flugzeuge nach Rußland. Nach Berichten polnischer Blätter haben in Frankreich Vertreter der Sowjetregierung eine Reihe von Flugzeugen bei Herriot angekauft, die demnachst nach Rußland abtransportiert werden sollen. Die polnischen Blätter verweisen auf die Bekämpfung dieser Nachricht durch das französische Journal „Les Ailes“. In Orly, unweit von Paris, haben die Probeflüge der verkauften Flugzeuge stattgefunden. Dieselben Blätter vermerken besonders, daß diese Probeflüge von Hangeln geleitet wurden, der früher der französische Militärmission des Generals Dupont in Polen als Instruktionsoffizier angehörte, um später den Direktorposten an der Flugzeugverkehrslinie Paris—Wag—Warschau—Butarek zu übernehmen. Der Warschauer sozialistische „Robotnik“ tritt aus dem von anderer polnischer Blätter peinlich beobachteter Reserve heraus, indem er zu der französischen Brückierung Polens unverhohlen sein Erstaunen darüber äußert, daß Frankreich trotz des bestehenden polnisch-französischen Militärabkommens an Sowjetrußland, den Hauptfeind Polens, Flugzeug liefere.

**Von Stadt und Land.**

Aue, 1. September.

**Nicht anders zu erwarten.**

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau meldet aus Dresden: Wie wir an hiesiger amtlicher Stelle erfahren, entsprechen die Ausführungen der Deutschen Allg. Ztg. über den Inhalt der am Donnerstag in Dresden gepflogenen Unterredungen zwischen dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und dem Vorliegenden der V. S. P. D. Weis, sowie anderen an leitender Stelle im Reich stehenden Sozialdemokraten nicht den Tatsachen. Insbesondere wird in Abrede gestellt, daß Dr. Zeigner bindende Zusagen sowohl über eine Aenderung der sächsischen Politik wie auch in der Angelegenheit des Reichswehrministers Dr. Wehler gemacht haben soll. Im gleichen Sinne äußert sich auch der Abg. Weis im „Vorwärts“.

Was die kommunistische Forderung auf sofortige Einberufung des Landtages und die Stellung der sächsischen Sozialdemokratie hierzu betrifft, so wird erst in einer am Freitag abzuhaltenden Sitzung der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion hierüber Beschluß gefaßt werden.

Rein Beschlagnahmerecht der Kontrollauschüsse. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt: Beschlagnahmen, die von Kontrollauschüssen in letzter Zeit mehrfach vorgenommen wurden, sind — ganz abgesehen davon, daß nach den reichsrechtlichen Bestimmungen, den Kontrollauschüssen die Zuständigkeit zu solchen fehlt — bei Bekämpfung der Lebensmittelnot eine äußerst zweifelnde Waffe, mit der häufig das Gegenteil von dem Ertröbeten erreicht wird. So notwendig es ist, dem unläutereren Handel möglichst rasch die zusammengekauften Waren aus der Hand zu nehmen, so verfehlt ist es, den einwandfreien Geschäftsmann durch Beschlagnahme nicht nur die Möglichkeit einer Beseitigung seiner Kunden, sondern auch den Wut zu nehmen, sich weiterhin mit Ware einzudecken, denn die Verbraucherenschaft des dichtbevölkerten Sachsen ist bei der heutigen Wirtschaftsverfassung auf die Vorräte angewiesen, die Gewerbe und Handel anzusammeln pflegen. Ebenso müssen die einwandfreien Gewerbetreibenden der Großstadt die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und besonders Schlachtvieh auch aus der landwirtschaftlichen Teilen Sachsens beziehen. Wenn die Kontrollauschüsse der kleineren Städte und des flachen Landes dies zu hindern suchen, verschärfen sie die Notlage ihrer Arbeitsschichten in den Großstädten ganz erheblich und tragen dazu bei, daß der Warenmangel, besonders der Mangel an Fleisch, die Preise in den Großstädten immer weiter in die Höhe treibt. Da der Preisstand in den Großstädten auch auf die Preisbildung in der Umgegend einen gewissen Einfluß ausübt, bringen unbedachte Beschlagnahmen